

**35. Ordentlicher Landesparteitag
26. April 2025, Zerbst/Anhalt**

**Leitantrag
L001**

1 Antragsteller: **Landesvorstand**

2

3 Thema: **Freiheit First – Bürokratie last - Entschlossen für die Freiheit**

4

5 Leitantrag zum 35. ord. Landesparteitag der Freien Demokratischen Partei

6 Landesverband Sachsen-Anhalt

7

8

9

10 Der Landesparteitag möge beschließen:

11

12 **Einleitung**

13 Sachsen-Anhalt braucht weniger Papier, weniger Prozesse und mehr Freiraum für

14 Ideen. Bürger, Unternehmer und Ehrenamtliche leiden gleichermaßen unter einem

15 immer weiter ausufernden Regelungsdickicht. Bürokratie lähmt Innovation, verschlingt

16 Ressourcen und frustriert all jene, die gestalten wollen.

17 Als Freie Demokraten setzen wir uns für ein Sachsen-Anhalt ein, das Verwaltung neu

18 denkt und arbeitet: digital, effizient, dienstleistungsorientiert – und vor allem frei von

19 unnötiger Regulierung.

20

21 **Unsere Forderungen**

22

23 **1. Digital statt Personal: Verwaltung modernisieren statt aufblähen**

24 Bevor es zu Neueinstellungen in der öffentlichen Verwaltung kommt, muss zwingend

25 geprüft werden, ob die jeweilige Aufgabe durch Automatisierung, Digitalisierung oder

26 effizientere Prozesse wegfallen oder verschlankt werden kann. Nur wo Aufgaben

27 tatsächlich unverzichtbar sind und nicht automatisiert werden können, darf Personal

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Leitantrag L001

28 eingestellt werden. Das sichert die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung auch in Zukunft und
29 reduziert die Bürokratielasten für Bürger und Unternehmen.

30

31 Kernmaßnahmen:

32 Kontinuierliche Investition in leistungsfähige digitale Infrastruktur, um
33 Verwaltungsprozesse effizient und nutzerfreundlich zu gestalten.

- 34 • Interkommunale Zusammenarbeit bei der Umsetzung digitaler
35 Verwaltungsleistungen im Back-Office.
- 36 • Digital only für alle Verwaltungsebenen des Landes, damit Doppelarbeit entfällt.
37 Wer über keinen digitalen Zugang verfügt, kann wie bisher in der zuständigen
38 Verwaltung seine Anträge etc. aufnehmen lassen.
- 39 • Qualifizierungsangebote für Verwaltungsmitarbeiter, damit sie digitale
40 Technologien optimal nutzen und neue Aufgaben übernehmen können.

41

42 **2. Weniger ist mehr**

43 Bürokratische Lasten kosten Unternehmen wir Bürger immer mehr Aufwand und Geld
44 und frustrieren zunehmend. Wir sind überzeugt, bei Bürokratie ist weniger mehr. Wir
45 wollen mehr Vertrauen statt mehr Kontrolle durch den Staat und wollen eine nachhaltige
46 Entbürokratisierung. Um die Bürokratielasten bewerten zu können, sind bei neuen
47 Gesetzen und Verordnungen die Aufwendungen für Bürger und Unternehmen zu
48 quantifizieren und Aufwand und Kosten abzubilden. Die Umsetzung wird durch den
49 Normenkontrollrat kontrolliert.

50

51 Transparenz und Kontrolle:

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Leitantrag L001

- 52 • Jährlicher Bericht zu den Kosten inklusive Sach- und Personalaufwendungen für
53 die Umsetzung von Vorschriften.
- 54 • Darüber hinaus fordern wir eine jährliche Veröffentlichung, in der transparent und
55 nachvollziehbar aufgelistet wird, welche Regelungen weggefallen sind – und
56 welche neuen hinzukamen. Ziel ist es, die Bürokratielast jährlich zu reduzieren.
- 57

58 **3. One-in-two-out-Regel**

59 Wir wollen einen gangbaren Prozess definieren, mit dem die One-in-two-out-Regel
60 wirksamer umgesetzt werden kann. Dabei soll grundsätzlich gelten, dass für neue
61 Vorschriften andere mit gleichem Erfüllungsaufwand reduziert werden müssen. Die
62 Ebene der Vorschriften, ob gesetzlich oder untergesetzlich ist unerheblich. In der Pflicht
63 ist dabei zunächst das für die neuen Regelungen zuständige Ressort. Nur in
64 Ausnahmen kann die Einsparung ressortübergreifend erfolgen.

65 Für den Aufwuchs an Vorschriften durch Regelungen des Bundes oder der EU gilt, dass
66 vor ihrer Umsetzung jeweils zu prüfen ist, welches Potential es für kompensierenden
67 Abbau von Regeln gibt.

68

69 **4. Verwaltung auf Probe: Sunset-Klauseln für neue Regulierungen**

70 Neue bürokratische Regelungen sollen grundsätzlich mit einer Sunset-Klausel versehen
71 werden. Nach spätestens fünf Jahren muss ihre Wirksamkeit evaluiert und ein
72 Fortbestehen aktiv beschlossen werden. Anderenfalls entfällt die Regel nach 5 Jahren.

73

74 Praktische Umsetzung:

- 75 • Klare Evaluationskriterien, um sicherzustellen, dass nur notwendige und
76 wirksame Regelungen bestehen bleiben.

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Leitantrag L001

- 77 • Beteiligung der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen durch regelmäßige
78 Umfragen etwa über das Beteiligungsportal aber auch öffentliche Anhörungen.
79

80 **5. One-Stop-Shops für Bürger und Unternehmen**

81 Gänge zu unterschiedlichen Behörden sollen der Vergangenheit angehören.
82 Verwaltungsstrukturen sollen digital zusammengeführt werden. Wir fordern ein
83 Bürgerportal, über die sämtliche Verwaltungsleistungen digital, benutzerfreundlich und
84 ohne Medienbrüche abgewickelt werden können. Dies soll in allen
85 Verwaltungshomepages integriert sein, so dass es für Bürgerinnen und Bürger egal ist,
86 ob sie über eine Suchmaschine oder etwa die Homepage der eigenen Stadt nach der
87 Leistung suchen. Zudem soll für Verwaltungsleistungen zukünftig gelten: Digital only.
88

89 Zusätzliche Maßnahmen:

- 90 • Zentrale Service-Hotline, die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen bei digitalen
91 Anträgen unterstützt. Möglichkeit digitale Verwaltungsleistungen auch in der
92 Verwaltung vor Ort mit Unterstützung beantragen zu können.
93 • Zusammenlegung oder Abschaffung unnötiger Verwaltungsstrukturen, um
94 Prozesse effizienter zu gestalten.
95 • Interkommunale Wahrnehmung der Verwaltungsleistungen im Back Office.
96

97 **6. Wirtschaft entlasten – Genehmigungsverfahren beschleunigen**

98 Für Genehmigungsverfahren müssen klare Bescheidungsfristen gelten. Wird der Antrag
99 nicht innerhalb der Frist beschieden oder teilt die Behörde dem Antragsteller innerhalb
100 der Frist keine rechtlichen, außerhalb der Behördenorganisation liegenden Gründe mit,
101 die einer Bescheidung entgegenstehen, soll das Prinzip der Genehmigungsfiktion

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Leitantrag L001

102 greifen: Der Antrag gilt als genehmigt.

103

104 Maßnahmen zur Umsetzung:

105 • Sanktionen bei Fristüberschreitungen: Behörden, die wiederholt Fristen nicht
106 einhalten, müssen Rechenschaft ablegen und ihre Abläufe verbessern.

107 • Verstärkte Digitalisierung von Anträgen, um Bearbeitungszeiten durch
108 Automatisierung zu verkürzen und Antragstellern den Bearbeitungsstand
109 transparent zu machen.

110 • Interkommunale Wahrnehmung der digitalen Verwaltungsdienstleistungen im
111 Back Office, um die Qualität auch in Zukunft sicherstellen zu können.

112

113

114 **7. Bürokratie-TÜV: Kompetenzen des Normenkontrollrat ausweiten**

115 Der Normenkontrollrat in Sachsen-Anhalt soll zusätzliche Kompetenzen erhalten, um
116 neue Gesetze auf Bürokratiebelastung zu prüfen.

117

118 Erweiterte Aufgaben:

119 • Überprüfung bestehender Gesetze und Verwaltungsvorgänge auf
120 Einsparpotenziale, Digitalisierbarkeit und Entbürokratisierung.

121 • Veröffentlichung von Empfehlungen, die für die Landesregierung verbindlich sein
122 müssen.

123 • Einrichtung eines Meldeportals, über das Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen
124 Bürokratiehürden melden und Verbesserungsvorschläge einreichen können.

125

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Leitantrag L001

126 Wir machen Bürokratieabbau messbar!

127

128 Bürokratieabbau darf kein Lippenbekenntnis sein – er muss sich in spürbaren
129 Verbesserungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen niederschlagen aber auch
130 die Verwaltung von monotonen Aufgaben entlasten. Die 1:1-Umsetzung europäischer
131 Vorschriften ist für uns selbstverständlich, ebenso werden wir alle Potentiale
132 ausschöpfen, um die Umsetzung europäischer Vorgaben aber auch Fördermittel so
133 einfach wie möglich zu machen. Deshalb fordern wir eine jährliche Erfolgskontrolle aller
134 Bürokratieabbaumaßnahmen.

135

136 Dazu gehören:

- 137 • Ein Bürokratieindex, der misst, ob die Belastung tatsächlich abnimmt.
- 138 • Regelmäßige Unternehmens- und Bürgerbefragungen etwa über das
139 Beteiligungsportal des Landes, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu
140 überprüfen.
- 141 • Sanktionen für Verwaltungsbereiche, die sich dem Bürokratieabbau verweigern
142oder Fristen nicht einhalten.

143

144 Sachsen-Anhalt soll Vorreiter einer modernen, schlanken und effizienten Verwaltung
145 werden – mit weniger Vorschriften und mehr Freiheit für alle.

146

147 Begründung

148 - Erfolgt mündlich.

angenommen

abgelehnt

überwiesen